

Wien, im Dezember 2024

---

# **POLICY NOTE 58**

Effekte möglicher Konsolidierungsmaßnahmen auf die  
Konjunktur und die langfristige Wertschöpfung

---

# POLICY NOTE 58

Effekte möglicher Konsolidierungsmaßnahmen auf die Konjunktur und die langfristige Wertschöpfung

Dezember 2024

Prof. Dr. Monika Köppl-Turyna

## KURZDARSTELLUNG

Diese Policy Note befasst sich mit der Frage, wie angesichts hoher Budgetdefizite und drohender Defizitverfahren eine nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Finanzen erreicht werden kann. Folgende Schlussfolgerungen können gezogen werden:

- Unabhängig davon, ob die Konsolidierung ausgaben- oder einnahmenseitig erfolgt, ist kurzfristig mit negativen konjunkturellen Effekten zu rechnen. Die Maßnahmen sollten vor allem auf ihre langfristige Wirkung hin überprüft werden.
- Ein glaubwürdiger und klar kommunizierter Konsolidierungspfad, der auch die langfristigen Belastungen der öffentlichen Haushalte (z.B. durch die Alterung) berücksichtigt, ist unabdingbar, um die kurzfristigen negativen Effekte abzumildern („expansive Kontraktion“). Die „politisch heiklen“ Komponenten (öffentliche Beschäftigung, soziale Sicherheit) können die Erwartungen besonders glaubwürdig beeinflussen.
- Die meisten Studien kommen zu dem Ergebnis, dass ausgabenseitige Konsolidierungen eine deutlich höhere Erfolgswahrscheinlichkeit haben, das Ziel des Schuldenabbaus zu erreichen, als einnahmenseitige Konsolidierungen.
- Konsolidierungen über geringere öffentliche Investitionen oder höhere Unternehmenssteuern, aber auch Konsolidierungen über Einkommensteuern sollten vermieden werden, während Konsolidierungen über Transfers, öffentlichen Konsum oder höhere Konsumsteuern mittel- und langfristig wachstumsfreundlicher sind.

Der zweite Teil der Studie befasst sich mit konkreten Empfehlungen, die sich aus den Erkenntnissen der ökonomischen Literatur ergeben, und hinterfragt diese kritisch im Hinblick auf ihre kurz- und langfristigen Wirkungen bzw. auf mögliche Wechselwirkungen mit anderen Elementen des Wirtschaftssystems.

Die Maßnahmen wurden hinsichtlich ihrer kurzfristigen konjunkturellen Effekte und ihrer langfristigen Wertschöpfungseffekte untersucht. Die Ergebnisse sind in der Tabelle zusammengefasst:

Beträge in Milliarden Euro zu Preisen von 2025.

	2025	2026
Ausgabenseitige Maßnahmen	2,3	2,4
Einnahmenseitige Maßnahmen	1,4	1,5
Pensionen	0,7	2,5

Quelle: Eigene Berechnungen. • Erstellt mit Datawrapper

ECO AUSTRIA  
INSTITUT FÜR  
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Die ausgabenseitigen Maßnahmen, von denen eine höchstens geringe oder potenziell sogar positive konjunkturelle Wirkung zu erwarten ist, summieren sich auf 2,3 Mrd. Euro im Jahr 2025 und 2,4 Mrd. Euro im Jahr 2026. Darüber hinaus könnten im Bereich der Pensionsausgaben, durch Maßnahmen deren konjunkturelle Wirkung zwar unklar ist, die aber langfristig Arbeitsangebot und Wertschöpfung stärken können, 700 Mio. Euro im Jahr 2025 und 2,5 Mrd. Euro im Jahr 2026 erzielt werden. Damit sind diese beiden Bereiche im Jahr 2025 mit 3 Mrd. Euro und im Jahr 2026 mit 4,9 Mrd. Euro verbunden. Darüber hinaus können einnahmenseitige Maßnahmen ergriffen werden, die 1,4 Mrd. Euro im Jahr 2025 und 1,5 Mrd. Euro im Jahr 2025 generieren würden. Das sind zwar jene Maßnahmen, die kurzfristig die Konjunktur nicht übermäßig belasten, die aber weniger wahrscheinlich mit einer erfolgreichen Konsolidierung verbunden sind, weswegen sie nur als „ultima ratio“ ergriffen werden sollten.

# INHALT

1.	Hintergrund	1
2.	Konsolidierungen in der ökonomischen literatur	2
2.1	Kurze Frist: Ausgaben- und Einnahmenmultiplikatoren	4
2.2	Langfristige Wirkung der Konsolidierungen	5
3.	Abschätzung der Wirkung	7
4.	Literaturverzeichnis	15

# ABBILDUNGEN UND TABELLEN

Tabelle 1: Abschätzung der Wirkung der Konsolidierungsmaßnahmen	8
Tabelle 2: Budgetäre Effekte der Maßnahmen	13
Abbildung 1: Ausgaben- und Einnahmenmultiplikatoren in der Literatur	5
Abbildung 2: Langfristige Wertschöpfungseffekte verschiedener Arten von Konsolidierungen relativ zu einer Konsolidierung über Lohn- und Einkommensteuer	6

## 1. HINTERGRUND

Österreich weist eine hohe Steuer- und Abgabenbelastung auf. Im europäischen Vergleich liegt Österreich beim Anteil der Steuereinnahmen an der Wirtschaftsleistung mit 43,6 Prozent an dritter Stelle. Nur Frankreich und Belgien weisen eine höhere Abgabenquote auf. Der EU-Durchschnitt liegt um mehr als 2 Prozentpunkte darunter. Dennoch besteht aufgrund der wirtschaftlichen Ereignisse der letzten Jahre - insbesondere der Corona-Krise und der Energiekrise - Konsolidierungsbedarf. Die zahlreichen, mitunter nicht zielgerichteten Hilfsmaßnahmen im Rahmen der COVID-19-Pandemie und der Energiekrise haben zusammen mit fiskalpolitischen Maßnahmen zu hohen Budgetdefiziten und einem starken Anstieg der Bruttoverschuldung geführt. Die Verschlechterung des welt- und binnenwirtschaftlichen Umfelds, die in Österreich 2023 und voraussichtlich auch 2024 zu einer Rezession führt, sowie die sich verschärfenden Folgen des demografischen Wandels (Rückgang des Erwerbspotenzials und Anstieg der alterungsbedingten öffentlichen Ausgaben für Gesundheit, Pensionen und Pflege) führen zu einer weiteren Verschlechterung der Budgetlage. Gleichzeitig verschlechtert sich die Wettbewerbsposition Österreichs, nicht zuletzt aufgrund steigender Lohnstückkosten als direkte Folge der Inflation. In dieser kurzen Policy Note werden mögliche Konsolidierungsoptionen diskutiert und hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Konjunktur und Wettbewerbsfähigkeit kritisch hinterfragt. Letzteres ist notwendig, um nicht in eine Situation zu geraten, in der kurzfristig beschlossene Konsolidierungsschritte zu einer weiteren Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit und in weiterer Folge des langfristigen Wachstums führen, die sich in Zukunft in Form von noch größerem Konsolidierungsbedarf durch ein schwaches Wirtschaftswachstum „rächen“.

## 2. KONSOLIDIERUNGEN IN DER ÖKONOMISCHEN LITERATUR

Die empirische Literatur liefert umfassende Ergebnisse hinsichtlich der Erfolgsfaktoren von Konsolidierungen. Einen breiten Raum nimmt die Diskussion ein, ob der Fokus von Konsolidierungen auf der Ausgaben- oder Einnahmenseite liegen soll, um erfolgreich zu sein. **Die meisten Studien kommen zu dem Schluss, dass ausgabenseitige Konsolidierungen eine deutlich höhere Erfolgswahrscheinlichkeit aufweisen, das Ziel einer Reduktion der Verschuldung zu erreichen, als dies bei einnahmenseitigen Konsolidierungen der Fall ist.** Dabei macht es aber einen Unterschied, bei welchen Ausgaben die Konsolidierung ansetzt. Insbesondere sollten laufende Ausgaben und die dynamischen öffentlichen Ausgabenbereiche berücksichtigt werden. Öffentliche Investitionen sollten von den Maßnahmen weitgehend unberührt bleiben, da diese zumeist komplementär zur privaten Investitionstätigkeit stehen (siehe Berger et al., 2020). Die vorhandenen wissenschaftlichen Arbeiten unterstreichen, dass sich durch wohldosierte und –gestaltete Konsolidierungspakete moderate kurzfristige Wachstumseinbußen mit überwiegend positiven mittel- und langfristigen volkswirtschaftlichen Auswirkungen verbinden lassen. **Gemäß dieser Literatur sollten Konsolidierungen über geringere öffentliche Investitionen bzw. höhere Körperschaftsteuern, aber auch Konsolidierungen über Einkommensteuern, vermieden werden, während Konsolidierungen über Transferleistungen, öffentlichen Konsum bzw. höhere Konsumsteuern mittel- und langfristig wachstumsfreundlicher sind** (siehe Berger et al., 2014).

Allgemein kann aber festgestellt werden, **dass unabhängig davon, ob die Konsolidierung ausgaben- oder einnahmenseitig erfolgt**, mit Ausnahme einer Erhöhung des gesetzlichen und tatsächlichen Pensionsantrittsalters, **kurzfristig mit einem negativen konjunkturellen Effekt zu rechnen ist.** In besonderen Fällen kann sogar eine positive konjunkturelle Wirkung erzielt werden, sofern die Erwartungshaltung der Haushalte und Unternehmen von den Maßnahmen beeinflusst werden kann. Die Frage, welche Strategien für den Abbau der Staatsverschuldung am besten geeignet sind, ist eng mit der Frage nach den Multiplikatoren der Fiskalpolitik verknüpft. Während es bei expansiven fiskalpolitischen Maßnahmen darauf ankommt, einen möglichst großen Effekt auf makroökonomische Größen, insbesondere das reale Bruttoinlandsprodukt, zu erzielen, ist bei fiskalischen Konsolidierungsmaßnahmen das Gegenteil erwünscht. Hier geht es darum, solche Maßnahmen zu identifizieren, die einen möglichst großen Effekt auf den öffentlichen Haushalt bzw. den Schuldenstand haben, aber geringe gesamtwirtschaftliche Nebenwirkungen. Haushaltskonsolidierungen sowohl über staatliche Ausgabenkürzungen als auch Steuer- und Abgabenerhöhungen haben kurzfristig negative Nachfrageeffekte. **Diesen so genannten keynesianischen Effekten können aber gegenläufige**

**Vermögens- und Erwartungseffekte gegenüberstehen**, sodass in besonderen Fällen eine Budgetkonsolidierung per Saldo sogar expansiv wirken kann, d.h. die gesamtwirtschaftliche Nachfrage sogar stimuliert werden kann. Zunächst einmal bewirkt eine Verringerung der Staatsausgaben, wenn diese als dauerhaft wahrgenommen wird, eine Reduktion der künftigen Steuerlast, was einen positiven Vermögenseffekt für die privaten Haushalte nach sich zieht. Blanchard (1990) argumentiert, dass eine in der Gegenwart erfolgende Steuererhöhung expansive Auswirkungen zeitigen kann, wenn sie die Erwartung weniger drastischer Steuererhöhungen in der Zukunft hervorruft. Auch durch die Verringerung der Unsicherheit über den künftigen Kurs der Finanzpolitik **kann eine Steuererhöhung das Vorsichtssparen verringern** und so den Konsum stützen. **Diese positiven Wirkungen von Budgetkonsolidierungen hängen jedoch stark davon ab, inwiefern sie tatsächlich geeignet sind, Erwartungen einer künftig geringeren Steuerlast hervorzurufen.** Neben diesen Effekten auf den privaten Konsum sind auch **Wirkungen auf das Arbeitsangebot** zu berücksichtigen. Höhere Einkommensteuern reduzieren das Arbeitsangebot aufgrund des Substitutionseffekts, weil die Opportunitätskosten der Freizeit sinken und damit mehr Freizeit konsumiert und somit weniger gearbeitet wird. Neben diesen indirekten Wirkungen auf das Arbeitsangebot können Konsolidierungsmaßnahmen auch direkt wirken, etwa wenn Maßnahmen gesetzt werden, die das Pensionsantrittsalter und damit direkt das Arbeitsangebot erhöhen. Neben diesen Überlegungen gibt es auch Gründe, warum es nicht nur darauf ankommt, ob eine Budgetkonsolidierung auf der Ausgabenseite oder der Einnahmenseite erfolgt, sondern auch darauf, welche Ausgaben bei einer ausgabenseitigen Konsolidierung konkret gekürzt werden (Alesina und Perotti 1997). **Eine Reduktion von Infrastrukturerhaltungsausgaben dürfte weniger dazu geeignet sein, die Erwartung auch dauerhaft geringerer Staatsausgaben zu wecken als eine Verringerung von Transferausgaben. Des Weiteren**, so argumentieren Alesina und Perotti (1997), **signalisieren Regierungen, die ankündigen, politisch heiklere Komponenten der öffentlichen Ausgaben wie die öffentliche Beschäftigung, soziale Sicherheit und Wohlfahrtsprogramme in Angriff zu nehmen, dass sie es mit der Budgetkonsolidierung wirklich „ernst meinen“.** Insbesondere der letzte Punkt kann dazu führen, dass eine expansive Wirkung einer Konsolidierung erzeugt werden kann („*expansive Kontraktion*“). Auch Anderson (2010) empfiehlt, frühzeitig einen **glaubwürdigen Konsolidierungspfad, der auch die langfristigen Belastungen der öffentlichen Budgets berücksichtigt, zu entwerfen und klar zu kommunizieren.** Nur so können das Vertrauen der heimischen Wirtschaftsakteure und der globalen Finanzmärkte sichergestellt werden.

Darüber hinaus sind die langfristigen Effekte der Konsolidierungsmaßnahmen zu berücksichtigen, insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit und das

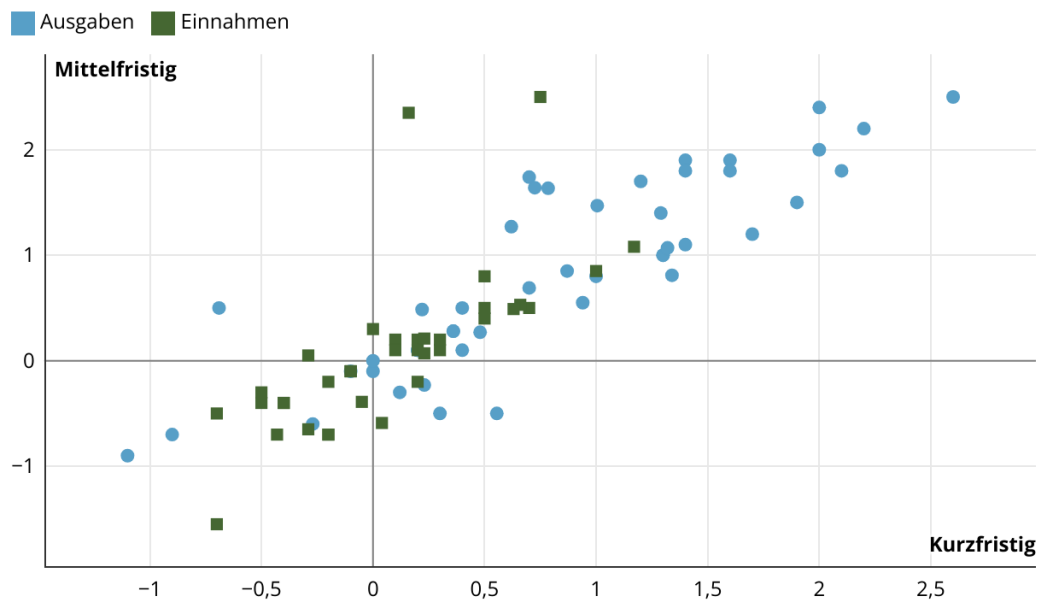
Potenzialwachstum. Hier gibt es zum Teil Zielkonflikte, die gelöst werden müssen. Beispielsweise sind Erhöhungen der Verbrauchssteuern kurzfristig tendenziell mit geringeren Wachstumseinbußen verbunden, können aber die Inflationsraten erhöhen. In einem Umfeld, in dem Ausgaben (halb-)automatisch mit der Inflation valorisiert werden (z.B. bei der Valorisierung von Sozialausgaben oder Pensionen) und sich Lohnerhöhungen in den Unternehmen an vergangenen Inflationsraten orientieren, kann eine Konsolidierung über Konsumsteuern die Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig verschlechtern. Vor diesem Hintergrund sind kurzfristige Maßnahmen auf ihre Wechselwirkungen mit der Wettbewerbsfähigkeit und der langfristigen Wertschöpfung zu überprüfen.

## 2.1 Kurze Frist: Ausgaben- und Einnahm-multiplikatoren

Eine Zusammenfassung der Ergebnisse der einschlägigen Literatur zu Ausgaben- und Einnahm-multiplikatoren findet sich in Europäische Kommission (2012). Dabei wird zwischen kurzfristigen (1. Quartal bis 1. Jahr nach der Politikreform) und mittelfristigen (1. bis 3. Jahr nach der Politikreform) Multiplikatoren unterschieden. **Ein Ausgabenmultiplikator von 0,7 bedeutet beispielsweise, dass das BIP um 0,7 Euro steigt, wenn die öffentlichen Ausgaben um 1 Euro erhöht werden.** Ein negativer Wert bedeutet dagegen, dass das BIP bei einer Erhöhung der Staatsausgaben sinken würde. Bei den dargestellten Werten handelt es sich in der Regel um kumulative Multiplikatoren, d.h. sie stellen den aggregierten Anstieg des BIP im betrachteten Zeitraum dem aggregierten Anstieg der Ausgaben im gleichen Zeitraum gegenüber. Die graphische Darstellung der Multiplikatoren findet sich in Abbildung 1.



Abbildung 1: Ausgaben- und Einnahmemultiplikatoren in der Literatur



Erstellt mit Datawrapper

ECO AUSTRIA  
INSTITUT FÜR  
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Quelle: Berger et al. (2014) auf Basis der Europäischen Kommission (2012)

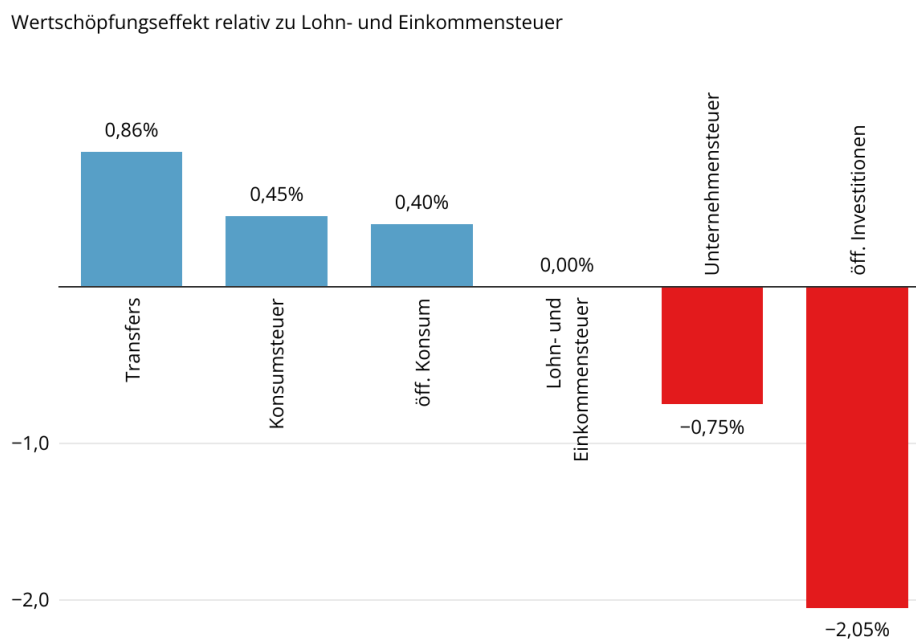
**Es zeigt sich, dass in den meisten Fällen sowohl Ausgabenkürzungen als auch Einnahmenerhöhungen mit negativen konjunkturellen Effekten verbunden sind.** Die einzelnen Untersuchungen zeigen eine große Bandbreite an Ergebnissen, die teilweise auch von der Zusammensetzung der Maßnahme abhängig ist. Für Deutschland und Großbritannien finden die Analysen merklich niedrigere Ausgabenelastizitäten von -0,3 bis 0,7. Nach den Ergebnissen der Europäischen Kommission können diese bei ausgabenseitigen zwar tendenziell geringer als bei einnahmeseitigen Maßnahmen ausfallen. Neuere Literatur kommt in der Regel aber zu niedrigeren Werten für die Ausgabenmultiplikatoren, wobei die Wirtschaftssituation einen Einfluss auf die Höhe haben kann, d.h. in rezessiven Phasen ist der Multiplikator aufgrund von Unterauslastung der Kapazitäten größer (für eine Diskussion siehe Berger et al., 2020). Inwiefern derzeit von einer Unterauslastung auf dem Arbeitsmarkt ausgegangen werden kann, ist schwer zu sagen, da weiterhin die Zahl der offenen Stellen hoch ist und die Arbeitslosigkeit bislang nur moderat angezogen hat.

## 2.2 Langfristige Wirkung der Konsolidierungen

Die vorhandenen Arbeiten zu den langfristigen Auswirkungen von Konsolidierungsmaßnahmen kommen größtenteils zu dem Ergebnis, dass sich durch **wohl dosierte und –gestaltete Konsolidierungspakete geringe kurzfristige Wachstumseinbußen mit überwiegend positiven**

**mittel- und langfristigen volkswirtschaftlichen Auswirkungen verbinden lassen.** Jene Arbeiten, die die Folgen von verschiedenen fiskalischen Instrumenten vergleichen, kommen zu einem sehr konsistenten Bild. Demnach sollten Konsolidierungen über geringere öffentliche Investitionen und Unternehmenssteuern vermieden werden, da in diesen Fällen die Wachstumseinbußen der Konsolidierung auch in die Zukunft prolongiert werden. Im Gegensatz dazu weisen die Simulationen darauf hin, dass Konsolidierungen über Reduktionen von Transfers, aber auch jene über eine Reduktion des öffentlichen Konsums bzw. eine Erhöhung von Konsumsteuern mittel- und langfristig am wachstumsfreundlichsten sind. Konsolidierungen über Einkommensteuern sind dementsprechend zwar weniger schädlich als jene über Unternehmenssteuern oder öffentliche Investitionen, aber auch deutlich weniger positiv als jene über die „wachstumsfreundlichen“ Maßnahmen. Eine relative „Wachstumsverträglichkeit“ diverser Konsolidierungsmaßnahmen wird in Abbildung 2 dargestellt. Diese zeigt, wie bereits erwähnt, dass die beste langfristige Wirkung bei einer Senkung von Transfers sowie einer Erhöhung von Konsumsteuern, sowie einer Reduktion des öffentlichen Konsums zu erwarten ist. Die stärkste negative Wirkung in der langen Frist wird bei einer Senkung der öffentlichen Investitionen erwartet.

Abbildung 2: Langfristige Wertschöpfungseffekte verschiedener Arten von Konsolidierungen relativ zu einer Konsolidierung über Lohn- und Einkommensteuer



Erstellt mit Datawrapper

Quelle: Darstellung in Berger et al., (2014). Dauerhafte Konsolidierung im Ausmaß von 1 % des BIP.

### 3. ABSCHÄTZUNG DER WIRKUNG

Die Darstellung der Konsolidierungsmaßnahmen orientiert sich an der Publikation des Fiskalrates vom 6. Dezember 2024 (siehe [Link](#))<sup>1</sup>. Diese fasst verschiedene Konsolidierungsmöglichkeiten (siehe Tabelle 1 im Fiskalrat 6.12.2024), die in den letzten Wochen diskutiert wurden, sowie die Abschätzung des möglichen Konsolidierungspotenzials zusammen. Auf die Höhe des Potenzials wird nicht weiter eingegangen, die Analyse erfolgt ausschließlich über die kurz- und langfristigen Wirkungen bzw. eine kritische Darstellung der Wechselwirkungen. Auch die Umsetzbarkeit und rechtliche Aspekte werden nicht diskutiert, diese Informationen sind in der Publikation des Fiskalrates enthalten.

Die folgende Abschätzung der Wirkungen der vorgeschlagenen Maßnahmen (Tabelle 1) berücksichtigt a) die kurzfristige Wirkung auf die Konjunktur und b) die langfristige Wirkung auf das Wachstum. Darüber hinaus werden diverse Wechselwirkungen diskutiert. Es wird eine Farbkodierung verwendet, wobei grün für eine prioritäre Umsetzung, gelb für eine mögliche Umsetzung und rot für eine negative Bewertung der Maßnahme steht.







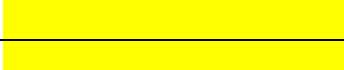



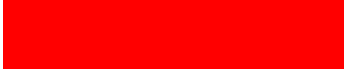

---












<sup>1</sup> <https://www.fiskalrat.at/publikationen/studien-des-bueros/kurzanalysen-informationen-uebersicht/20241206.html>  
Autorinnen und Autoren: Dr. Johannes Holler, Dr. Susanne Maidorn und Philip Schuster, PhD (Büro des Fiskalrates).

Tabelle 1: Abschätzung der Wirkung der Konsolidierungsmaßnahmen

	2025 <sup>2</sup>	2026	Kurzfristig	Langfristig	Anmerkung
<b>Direkte Steuern</b>					
Aussetzung Inflationsindexierung EStG für 2025	1,7	1,7			Zusätzlich zu den Effekten auf Arbeitsangebot negative politische Signalwirkung
<i>Rücknahme Progressionsdrittel 2025</i>	0,6	0,6			Zusätzlich zu den Effekten auf Arbeitsangebot negative politische Signalwirkung
Aussetzung Inflationsindexierung EStG für 2026		0,8			Zusätzlich zu den Effekten auf Arbeitsangebot negative politische Signalwirkung
<i>Rücknahme Progressionsdrittel 2026</i>		0,3			Zusätzlich zu den Effekten auf Arbeitsangebot negative politische Signalwirkung
Streichung Familienbonus/Kindermehrbetrag ab 2025	1,2	2,3			Bei glaubwürdiger Kommunikation "expansive Kontraktion" möglich.
Streichung Steuerbegünstigung sonstige Bezüge EStG (§67(3-8))		1,1			Geringe Auswirkung auf das Arbeitsangebot (fällt <i>ex post</i> an). Vereinfachung des Steuersystems.
Rücknahme FLAF-Senkung (3,7% -> 3,9%)	0,4	0,4			Negative politische Signalwirkung (Rücknahme)
Rücknahme KÖSt-Senkung ab 2025 (23% -> 25%)		1			Wenn nur temporär, geringere Auswirkungen auf die Standortqualität. Hohe Variabilität des Aufkommens.
Streichung Öko-Investitionsfreibetrag		0,4			Steuerung der grünen Investitionen über die CO <sub>2</sub> -Bepreisung sowie Energiekosten zu bevorzugen.
Außertourlich doppelte Anhebung Höchstbeitragsgrundlage 2025	0,6	0,6			Führt zu höheren zukünftigen Sozialleistungen.
Rücknahme Senkung SV-DG-Beiträge seit 2018 (20,98% -> 21,48%)	0,8	0,8			Negative politische Signalwirkung (Rücknahme).

<sup>2</sup> Beträge in Milliarden Euro in Preisen von 2025.

<b>Indirekte Steuern</b>				
Anhebung USt-Regelsatz um 1 PP (20% -> 21%)	1,7	1,8		Wechselwirkung mit Lohnstückkosten und Valorisierungen zu berücksichtigen (gilt auch für andere indirekte Steuern).
Inflationsindexierung Energieabgaben ab 2019	0,3	0,3		Energiekosten bereits hoch.
Inflationsindexierung Mineralölsteuer ab 2019	1,2	1,3		Entfall der Einnahmen in der mittleren Frist (siehe Strohner, 2024)
Inflationsindexierung Motorbezogene Versicherungssteuer ab 2019	0,9	1		Entfall der Einnahmen in der mittleren Frist (siehe Strohner, 2024)
Inflationsindexierung Tabaksteuer ab 2019	0,5	0,5		Geringe Nachfrageelastizität.
Inflationsindexierung Energieabgaben ab 2025	0,0	0,1		Energiekosten bereits hoch.
Inflationsindexierung Mineralölsteuer ab 2025	0,2	0,3		Entfall der Einnahmen in der mittleren Frist (siehe Strohner, 2024)
Inflationsindexierung Motorbezogene Versicherungssteuer ab 2025	0,1	0,2		Entfall der Einnahmen in der mittleren Frist (siehe Strohner, 2024)
Inflationsindexierung Tabaksteuer ab 2025	0,1	0,1		Geringe Nachfrageelastizität.
<b>Vermögensbezogene Steuern</b>				
Einführung Erbschaftsteuer				Potenzielle Vorzieheffekte beim privaten Konsum. Negative Auswirkung auf die Wertschöpfung, siehe Köppl-Turyna et al. (2023)
Einführung Nettovermögensteuer				Negative Auswirkung auf die Wertschöpfung, siehe Köppl-Turyna et al. (2023)
Verdoppelung Grundsteuer				Aufgrund geringer Elastizität geringe Auswirkungen. In der kurzen Frist über die Hebesätze durchsetzbar

<b>Ausgewählte Transferleistungen ohne Einkommensabhängigkeit</b>					
Abschaffung Bildungskarenz	0,3	0,4			Langfristiger Effekt auf Humankapital zu berücksichtigen.
Abschaffung Altersteilzeit					Potenziell positiver Effekt auf das Arbeitsangebot.
Aussetzen Indexierung Familienbeihilfe u. Kinderbetreuungsgeld 2025	0,3	0,3			Positiver Effekt auf das Arbeitsangebot.
<b>Pensionsausgaben</b>					
Pensionsanpassung 1 PP unter Anpassungsfaktor 2026		0,8			Kurzfristige konjunkturelle Wirkung unklar, expansive Kontraktion möglich.
Anhebung Regelpensionsalter um 1 Jahr ab Mitte 2030er (65 -> 66)					
Ausgabenerhöhende Maßnahmen im Pensionsbereich seit 2019	0,7	1,7			Kurzfristige konjunkturelle Wirkung unklar, expansive Kontraktion möglich. Langfristig positive Effekte auf das Arbeitsangebot.
<i>Rücknahme Frühstarterbonus</i>	<i>0,1</i>	<i>0,2</i>			
<i>Rücknahme Pensionsbonus (bei 40 J. Beitragsleistung)</i>	<i>0,3</i>	<i>0,3</i>			
<i>Wiedereinführung Wartefrist erste Pensionsanpassung</i>	<i>0,2</i>	<i>0,2</i>			
<i>Wiedereinführung der Abschläge bei Pensionen mit mehr als 45 Arbeitsjahren</i>	<i>0,1</i>	<i>0,1</i>			
<i>Berücksichtigung des Corona Bonus für Pensionisten in zukünftigen Anp.</i>		0,3			
<i>Berücksichtigung der Pensionserhöhung 2022 in zukünftigen Anpassungen</i>		0,1			
<i>Berücksichtigung der gestaffelte Pensionserhöhung 2020 in zukünftigen Anp.</i>		0,4			
<i>Berücksichtigung der erhöhten Pensionsanpassung 2019 in zukünftigen Anp.</i>		0,1			

Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen			
Abschaffung Klimabonus ab 2025	2,3	2,3	Politische Signalwirkung zu berücksichtigen. Rückerstattung der CO2-Steuer auf eine andere Art zu bevorzugen.
Abschaffung Überkompensation Klimabonus ab 2025	1,1	1,1	
<i>Überkompensation (Transfers &gt; als Steuereinnahmen)</i>	0,8	0,8	
<i>Carbon Leakage energieintensive Betriebe &amp; Härtefall-Regelungsdeckel</i>	0,3	0,3	Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu berücksichtigen.
Abschaffung Klimaticket Ö	0,6	0,6	Hohe Mitnahme, besonders hohe Kosten je gesparte CO2-Tonne.
<i>Abschaffung Klimaticket Ö 18</i>	0,1	0,1	Hohe Mitnahme, besonders hohe Kosten je gesparte CO2-Tonne.
Rückführung von zusätzlichen Maßnahmen seit 2019	2,5	2,6	
<i>Klima- und Energiefonds (KLI.EN, z.B. E-Mobilität, Photovoltaik)</i>	0,1	0,1	
<i>Thermische Sanierung</i>	0,9	0,9	Hohe Mitnahme.
<i>Transformation Industrie (Budgetbegleitgesetz 2023)</i>	0,4	0,4	Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu berücksichtigen.
<i>Temporäre USt-Befreiung Photovoltaikanlagen</i>	0,3	0,4	Hohe Mitnahme.

<b>Klimaschädliche Subventionen</b>			
Mineralölsteuervergünstigung für Diesel	0,6	0,6	Hoher Anteil der Einnahmen aus dem Unternehmensbereich; Wirkung auf die Inflation und langfristige Wettbewerbsfähigkeit zu berücksichtigen.
Steuerbefreiung Motorbezogene Versicherungssteuer und NOVA	0,1	0,1	Entfall der Einnahmen in der mittleren Frist (siehe Strohner, 2024).
Pendlerpauschale und Pendlereuro	0,5	0,5	Potenzial für Falschangaben, siehe Paetzold und Winner (2016).
Pauschale Besteuerung von Dienstwagen und Abstellplätzen	0,5	0,5	
Energieabgabenvergütung	0,4	0,4	Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu berücksichtigen.
<b>Öffentliche Verwaltung und Landesverteidigung</b>			
Gehaltsabschlüsse öff. Beschäftigte Gesamtstaat um 1 PP unter Referenzinflation			
<i>Gehaltsabschlüsse öff. Beschäftigte Bund um 1 PP unter Referenzinflation</i>			
<i>Strikter Budgetvollzug (1% der Ausgaben für Vorleistungen)</i>	0,3	0,3	
<i>Verschiebung Inv. Landesverteidigung bzw. Rückführung auf Niveau 2021</i>		0,4	Öffentliche Investitionen sollen unberührt bleiben.



Die Aggregation der budgetären Effekte der Maßnahmen nach dem Farbcode ist in Tabelle 2 dargestellt. Bei den ausgaben- bzw. einnahmenseitigen Maßnahmen wurden jene berücksichtigt, die kurzfristig mit grün bewertet wurden und bei denen in der Analyse des Fiskalrats kurzfristige budgetäre Abschätzungen vorlagen.

*Tabelle 2: Budgetäre Effekte der Maßnahmen*

Beträge in Milliarden Euro zu Preisen von 2025.

	2025	2026
Ausgabenseitige Maßnahmen	2,3	2,4
Einnahmenseitige Maßnahmen	1,4	1,5
Pensionen	0,7	2,5

Quelle: Eigene Berechnungen. • Erstellt mit Datawrapper

ECO AUSTRIA  
INSTITUT FÜR  
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Die ausgabenseitigen Maßnahmen, von denen eine höchstens geringe oder potenziell sogar positive konjunkturelle Wirkung zu erwarten ist, summieren sich auf 2,3 Milliarden im Jahr 2025 sowie 2,4 Milliarden im Jahr 2026. Konkrete Maßnahmen in diesem Zusammenhang sind: eine Abschaffung der Bildungskarenz, eine Abschaffung der Altersteilzeit, ein Aussetzen der Indexierung von Familienbeihilfe und Kinderbetreuungsgeld, eine Abschaffung der Überkompensation beim Klimabonus, eine Abschaffung der Zuschüsse zum Klimaticket, sowie ein strikter Budgetvollzug.

Darüber hinaus bestehen im Bereich der Pensionen Potenziale, die zwar kurzfristig moderat dämpfend wirken, langfristig aber das Arbeitsangebot und die Wertschöpfung stärken können. Im Jahr 2025 belaufen sich diese auf 700 Millionen und im Jahr 2026 auf 2,5 Milliarden Euro. Dazu gehören eine Anpassung der Pensionen unter der Inflation, sowie eine Rücknahme der ausgabenerhöhenden Maßnahmen der letzten Jahre (Frühstarterbonus, Aliquotierung u.ä.). Diese beiden Bereiche zusammen schlagen mit 3 Milliarden Euro im Jahr 2025 sowie 4,9 Milliarden Euro im Jahr 2026 im Budget zu Buche. Darüber hinaus können einnahmeseitige Maßnahmen ergriffen werden, die im Jahr 2025 1,4 und im Jahr 2026 1,5 Milliarden Euro generieren würden. Dazu gehören ein Aussetzen der USt-Befreiung für Photovoltaikanlagen, der Steuerbefreiungen bei der Motorbezogenen Versicherungssteuer und der NOVA, eine Abschaffung des Pendlerpauschale, sowie eine Abschaffung der pauschalen Besteuerung von Dienstwägen. Das sind zwar jene Maßnahmen, die kurzfristig die Konjunktur nicht übermäßig belasten, die aber – wie in den oberen Teilen der Studie erwähnt – weniger wahrscheinlich mit einer

erfolgreichen Konsolidierung verbunden sind, weswegen sie nur als „ultima ratio“ ergriffen werden sollten.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass einige Maßnahmen aus der Studie des Fiskalrates nicht untersucht wurden. Der Grund dafür ist, dass hier entweder eine hohe Zahl von Wechselwirkungen zu erwarten ist oder mehrere Maßnahmen zusammengefasst wurden (Beispiele: Waldfondsgesetz, sonstige Umweltförderungen im Inland).

## 4. LITERATURVERZEICHNIS

Alesina A. und R. Perotti (1997). Fiscal adjustments in OECD countries: composition and macroeconomic effects, IMF Staff Papers 44(2), 210-248.

Berger, J., N. Graf, H. Pitlik, L. Strohner, K. Weyerstraß (2020). Wachstum, Wohlstand, solide Finanzen und die Corona-Krise. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen. EcoAustria in Kooperation mit WIFO und IHS.

Berger, J., N. Graf, L. Strohner, U. Schuh (2014). Auswirkungen von ausgaben- und einnahmenseitigen Konsolidierungen. EcoAustria Research Paper no 2.

Berger, J., N. Graf, W. Schwarzbauer und L. Strohner (2024). Die Effekte einer Lohnnebenkostensenkung für die Volkswirtschaft und die Wettbewerbsfähigkeit, Studie im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich.

Blanchard O. J. (1990). Comment on Giavazzi and Pagano, in: Blanchard, O. J. und S. Fischer (Eds.) NBER Macroeconomics Annual, MIT Press, Cambridge: Massachusetts, 111-116.

Europäische Kommission (2012). Report on Public finances in EMU 2012, European Economy 4, 2012.

Holler, J., S. Maidorn, P. Schuster. (2024) Budgetäre Wirkung möglicher Konsolidierungsmaßnahmen. Kurzbericht des Fiskalrates.

Köppl-Turyna, M., J. Berger, L. Strohner (2023). Ökonomische Bewertung und Effekte von vermögensbezogenen Steuern. Studie im Auftrag der Julius-Raab Stiftung und der Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien AG.

Paetzold, J., H., Winner (2016). Taking the high road? Compliance with commuter tax allowances and the role of evasion spillovers. *Journal of Public Economics*, 143, 1-14.

Strohner, L. (2024) Klimaneutralität und Auswirkungen auf die Steuerstruktur. EcoAustria Policy Note No 57.